

# Monatsbericht Dezember 2020



## Erkenntnisse des LfV zum Monat Dezember 2020

### A. Rechtsextremismus

#### I. Überblick über alle dem LfV bekannten rechtsextremistischen Aktivitäten sowie Aktivitäten unter Beteiligung von Rechtsextremisten

Datum	Ort	Veranstalter <sup>1</sup>	Teilnehmerzahl	Beschreibung
04.12.2020	Leipzig	WIR FÜR LEIPZIG und JUNGE NATIONALISTEN (JN)	mind. 13	Gedenkaktion anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Leipzigs
04.12.2020	Leipzig	DER DRITTE WEG STÜTZPUNKT MITTEL-LAND	nicht bekannt	sog. „Nationale Streife“
06.12.2020*	Döbeln	NPD MITTELSACHSEN	mind. 3	Schutzzonenaktion
07.12.2020	Döbeln	JN MITTELSACHSEN	mind. 8	Demonstration „Lichtermesse mit Bürgerdialog“
10.12.2020	Chemnitz	IDENTITÄRE BEWEGUNG	nicht bekannt	Plakat- und Klebeaktion
12.12.2020	Döbeln	JN MITTELSACHSEN	15	Versammlung „Angst schafft Gehorsam“
14.12.2020	Chemnitz	IDENTITÄRE BEWEGUNG	nicht bekannt	Klebeaktion
12.12.2020	Plauen	DER DRITTE WEG GEBIETSVERBAND MITTE	nicht bekannt	Gebietsverbandsparteitag mit Auflösung dieses Verbandes
19.12.2020	Wurzen	JN	nicht bekannt	Aktion (Zettel an Weihnachtsbäume)
22.12.2020	Döbeln	JN MITTELSACHSEN	nicht bekannt	Spendenaktion nach Aufruf des Liedermachers FYLGIEN

<sup>1</sup> Hierbei kann es sich sowohl um rechtsextremistische als auch um nicht-extremistische Veranstalter handeln. Letztere werden in der Tabelle aufgeführt, weil sie mit den Themen ihrer Veranstaltungen neben Nicht-Extremisten auch Rechtsextremisten ansprechen und sie zur Teilnahme mobilisieren.



22.12.2020*	Chemnitz	IDENTITÄRE BEWE- GUNG	nicht bekannt	Klebeaktion
23.12.2020	Waldheim	JN MITTELSACHSEN	nicht bekannt	Spendenaktion für Seniorenheim
24.12.2020	Dresden	JN DRESDEN	mind.3	Spendenaktion für Obdachlosenhilfe
29.12.2020	Zwickau	DER DRITTE WEG STÜTZPUNKT WEST- SACHSEN	nicht bekannt	Kampagne „Tierfutter statt Böller“

\*Datum der Veröffentlichung

## II. Relevante (herausragende) Einzelereignisse im Berichtsmonat

### • **01.12.2020: Verbot der Gruppierung STURM-/WOLFSBRIGADE 44**

Am 1. Dezember 2020 wurde das Verbot der Gruppierung STURM-/WOLFSBRIGADE 44 gemäß § 3 Vereinsgesetz vollzogen. Hierbei durchsuchten 187 Einsatzkräfte Wohnungen, Geschäfts- und auch Hafträume von Funktionären und Mitgliedern der Gruppierung aus Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen. Im Rahmen der Durchsuchungen wurden verschiedene IT-Asservate, NS-Devotionalien und Waffen sichergestellt. Bei den Waffen handelte es sich um ein Luftgewehr, eine Armbrust, einen Schlagring sowie um Hieb- und Stichwaffen. Grundlage für das vom Bundesministerium des Innern (BMI) ausgesprochene Verbot war die aggressiv-kämpferische Haltung der Gruppierung gegen die verfassungsmäßige Ordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Die STURM-/WOLFSBRIGADE 44 bekannte sich offen zum Nationalsozialismus sowie dessen maßgebliche Repräsentanten und strebte die Wiedereinrichtung des NS-Staates an. Zudem liefen Zweck und Tätigkeit des Vereins den Strafgesetzen zuwider. Sachsen ist von dem Verbot derzeit nicht betroffen.

### • **04.12.2020: Gedenkveranstaltung der JUNGEN NATIONALISTEN (JN) und WIR FÜR LEIPZIG auf dem Leipziger Südfriedhof**

Anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Leipzig im Zweiten Weltkrieg führten die JUNGEN NATIONALISTEN (JN) gemeinsam mit der Organisation WIR FÜR LEIPZIG eine



Gedenkveranstaltung durch. An dieser beteiligten sich mindestens 13 Personen. Die parteiungebundene Gruppierung WIR FÜR LEIPZIG wird von einem Leipziger Rechtsextremisten, dem ehemaligen NPD-Funktionär Enrico BÖHM, angeführt.

Gedenkveranstaltungen der rechtsextremistischen Szene anlässlich der Jahrestage von Bombardierungen deutscher Städte reihen sich thematisch in die „Heldengedenkveranstaltungen“ anlässlich des Volkstrauertages ein. Diese Aktionen dienen der Versammlung, Selbstbestätigung und Motivation der rechtsextremistischen Szene gleichermaßen. Sie geben den Führungspersonen zudem die Möglichkeit, signifikanten Einfluss auf Teile der Szene zu gewinnen. Gleichzeitig sind sie eine wichtige Plattform für die Verbreitung revisionistischer, auf eine Verharmlosung der Verbrechen des sog. „Dritten Reiches“ zielender Geschichtsdeutungen.

- **12.12.2020: Anreise von Rechtsextremisten nach Dresden trotz Versammlungsverbots**

Das Verbot der Querdenken-Veranstaltung am 12. Dezember in Dresden wurde am 11. Dezember durch das OVG Bautzen und am 12. Dezember durch das BVerfG bestätigt. Dennoch kam es zu einer (versuchten) Anreise zahlreicher Personen, darunter Personen mit einem rechtsextremistischen Hintergrund (u.a. rechtsextremistische Hooligans und Kampfsportler) oder einem Bezug in die Szene der REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER. Die Personen wurden durch die Einsatzkräfte der Polizei erkennungsdienstlich behandelt und zurückgeschickt bzw. in Gewahrsam genommen.

Am Nachmittag konnte durch die Polizei eine größere Gruppe von ca. 100 Personen – mutmaßlich aus der rechtsextremistischen Szene – in Dresden-Strehlen auf dem Weg in das Stadtzentrum festgestellt werden. Von diesen Personen wurde ca. die Hälfte festgesetzt, erkennungsdienstlich behandelt und ebenfalls in Polizeigewahrsam genommen.

- **17. bis 18.12.2020: Exekutivmaßnahme gegen den Inhaber des Vertriebes LOKIS TRUHE**

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Leipzig wegen des Verdachts der Volksverhetzung durchsuchten Beamte der Sonderkommission Rechtsextremismus am 17. und 18. Dezember mehrere Objekte in der Stadt Leipzig sowie im Landkreis Leipzig. Die Beamten stellten versandfertige Bücher und elektronische Speichermedien sicher. In einer Lagerhalle im Landkreis Leipzig wurden zudem 80 Euro-Paletten sichergestellt, auf denen sich Pakete mit strafrechtlich relevanten bzw. indizierten Publikationen befanden,



darunter auch zahlreiche unkommentierte Nachdrucke des Buches „Mein Kampf“ von Adolf Hitler.

Die Exekutivmaßnahme richtete sich gegen den Inhaber des rechtsextremistischen Vertriebes LOKIS TRUHE, welcher mutmaßlich Mitarbeiter bzw. Helfer des Verlages „Der Schelm“<sup>2</sup> ist. Eine NDR-Reportage enthüllte Anfang 2020, dass eine Vertriebschiene dieses Verlages nach Deutschland offenbar über den Inhaber läuft.

Der Verlag „Der Schelm“ war früher in Leipzig ansässig, hat aber seinen Sitz ins Ausland (zuletzt Thailand) verlegt – so zumindest das Impressum der Internetseite. Der Inhaber des Verlages wird in Osteuropa vermutet. Er war u.a. in der Vergangenheit Mitarbeiter des NPD-Verlages DEUTSCHE STIMME (Riesa) und vertreibt über den Verlag Nachdrucke von antisemitischen Werken als Faksimiles. Zwar distanziert sich der Verlag vorsorglich von etwaigen extremistischen Inhalten seiner Faksimile-Veröffentlichungen, jedoch dürfte es sich dabei um eine Schutzbehauptung handeln, um eventuellen behördlichen Maßnahmen vorzubeugen. Eine erste Reaktion des Verlags bestätigte den Verdacht der Vertriebschiene nach Deutschland:

*„Ja, das BRDDR-Assi-System hat zugeschlagen, liebe Leute! [...] Bitte jetzt keine Sturzflut von Nachfragen an mich schicken à la »Wann kommt mein bezahltes Buch?“ - Sie bekommen Ihr Buch/Ihre Bücher! Ich muß aber erst außerhalb der Republik der Borderliner eine neue Produktionsschiene ankurbeln, um Sie beliefern zu können. Das kann ein paar Wochen dauern.“<sup>3</sup>*

Diese Reaktion verdeutlicht, dass die Exekutivmaßnahme der Polizei den Vertrieb dieses Verlages – der sich im Ausland unangreifbar wähnt – vorerst empfindlich gestört hat.

- **19.12.2020: Mobilisierung von Rechtsextremisten zu Versammlungen gegen die Corona-Maßnahmen in Leipzig**

In den sozialen Medien wurde dieses Mal innerhalb der rechtsextremistischen Szene nur verhalten für eine Teilnahme an Protesten gegen die Corona-Maßnahmen mobilisiert. Die Stadt Leipzig hatte ein Versammlungsverbot für coronakritische Versammlungen ausgesprochen. Dennoch kam es zu Anreiseversuchen von sogenannten „Corona-Gegnern“, die die

---

<sup>2</sup> Der Verlag ist kein BO des LfV Sachsens.

<sup>3</sup> Auszug aus derschelm.ru Stand: 23.12.2020



Polizei jedoch unterbinden konnte. So wurde ein Bus aus Bayreuth (Bayern) mit 30 Insassen mit eindeutigen Teilnahmeabsichten an den verbotenen Versammlungen angehalten und zurück an die Landesgrenze begleitet. Die Polizei führte darüber hinaus eine Gefährderansprache bei einem Inhaber eines Busunternehmens aus dem Vogtland durch, der Fahrten zu Querdenker-Demonstrationen im Bundesgebiet anbietet. Insgesamt kam es laut Mitteilung der Polizei zu 105 Ordnungswidrigkeitenanzeigen wegen verschiedener Verstöße gegen die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung sowie zu zwei Straftaten wegen Urkundenfälschung und Beleidigung.

- **21. Dezember 2020: Urteil des OLG Naumburg im Verfahren wegen des Anschlagsgeschehens am 9. Oktober 2019 in Halle**

Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Naumburg hat am 21. Dezember 2020 nach 26 Verhandlungstagen das Urteil in dem Strafverfahren gegen den Angeklagten Stefan BALLIET verkündet. Das Oberlandesgericht hat den Angeklagten wegen Mordes in zwei Fällen, versuchten Mordes in insgesamt 66 Fällen, gefährlicher Körperverletzung, schwerer räuberischer Erpressung, fahrlässiger Körperverletzung, Volksverhetzung und weiterer Delikte zu lebenslanger Haft als Gesamtstrafe verurteilt. Der Staatsschutzsenat stellte beim Angeklagten BALLIET die besondere Schwere der Schuld nach § 57a Abs. 1 Nr. 2 StGB fest. Darüber hinaus ordnete er auch die anschließende Sicherungsverwahrung nach § 66 Abs. 2 StGB an. Das Oberlandesgericht hat es nach der durchgeführten Beweisaufnahme als erwiesen angesehen, dass der Angeklagte vor allem aus antisemitischen und rassistischen Motiven heraus und somit aus niedrigen Beweggründen handelte. Ferner erfüllte er vielfach weitere Mordmerkmale. Weiter kam der Senat zu dem Ergebnis, dass der Angeklagte voll schuldfähig war. Der Angeklagte hat gegen das Urteil keine Revision eingelegt. Allerdings legten zwei der Nebenkläger Revision ein.

- **24.12.2020: Spendenaktion der JUNGEN NATIONALISTEN in Dresden**

Auf mehreren Kanälen in den sozialen Netzwerken veröffentlichte die JN Dresden einen Bericht mit Bildern über eine am 24.12.2020 durchgeführte Spendenaktion. Dabei übergaben Mitglieder der JN Dresden, u.a. Maik MÜLLER, der Obdachlosenhilfe Dresden neben Sachspenden auch eine Geldspende in Höhe von 100,00 €.



Die JN sind bestrebt, sich mit der öffentlichen Bekanntgabe auch dieser Spendenaktion ein Image als „Kümmerer“ zu geben und dieses mit entsprechenden Aktionen zu pflegen. Dieses Konzept verfolgt die Jugendorganisation der NPD bereits seit längerer Zeit. Mit der nun erfolgten Spendenaktion für die Obdachlosenhilfe möchten die JN beweisen, dass sie mit ihrem sozialen Engagement gerade in der kalten Jahreszeit die Schwächsten der Gesellschaft unterstützen, die nach ihrer Lesart von den etablierten Parteien im Stich gelassen wurden. Mit dieser „Kümmerer“-Strategie wollen sich die JN – aber auch Parteien wie der DER DRITTE WEG – ein soziales und in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähiges Antlitz geben. Unter Umständen kann es diesen Extremisten damit gelingen, auch nicht-extremistische Personen anzusprechen, die eine „solch soziale“ Einstellung und Hilfsbereitschaft bei den etablierten Parteien vermissen und sich selbst „abgehängt“ und „im Stich gelassen“ fühlen.

Mit der „Kümmerer“-Strategie erhoffen sich die JN vor allem, neue Mitglieder werben und auf diese Weise über kurz oder lang ihre verfassungsfeindliche Ideologie verbreiten zu können. Die JN traten bereits im März 2020 mit Flyer-Verteilaktionen unter dem Motto „Nachbarschaftsgruppen für Corona-Risikogruppen“ (z.B. Erledigung von Einkäufen und Botengängen) sowie mit der Eröffnung einer Tauschbörse und der Verteilung von kostenlosen Schulmaterialien im September 2020 in Döbeln in Erscheinung.

#### ● **29.12.2020: Weitere Urteile im Prozess gegen REVOLUTION CHEMNITZ**

Das Landgericht Chemnitz hat gegen fünf mutmaßliche Mitläufer der rechtsterroristischen REVOLUTION CHEMNITZ wegen Landfriedensbruchs Haftstrafen von bis zu einem Jahr verhängt. In zwei Fällen wurden die Strafen zur Bewährung ausgesetzt. Damit folgten die Richter teilweise einer Entscheidung des Amtsgerichtes Chemnitz aus dem Sommer letzten Jahres. Das Gericht hatte bei den Strafen zwischen sechs Monaten und einem Jahr damals allerdings eine Bewährung ausgeschlossen. Verteidigung und Anklagevertretung gingen in Berufung. Im neuerlichen Verfahren wurde der Vorwurf einer Körperverletzung fallengelassen.

Die fünf Beschuldigten im Alter zwischen 26 und 33 Jahren waren nach Überzeugung des Gerichts im Spätsommer 2018 an einer Auseinandersetzung auf der Chemnitzer Schlossteichinsel beteiligt, bei der ein Mann durch einen Flaschenwurf verletzt wurde.



### III. Fazit, Ausblick, Konsequenzen

Die von der Bundesregierung und den Landesregierungen beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie werden weiterhin von Rechtsextremisten scharf kritisiert. Rechtsextremistische Parteien und Organisationen versuchen fortlaufend, den in Teilen der Bevölkerung vorhandenen Unmut im Hinblick auf die erneute Verschärfung der Maßnahmen aufzugreifen und das damit im Zusammenhang stehende heterogene Protestgeschehen für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Die verschiedenen Anti-Corona-Veranstaltungen in Sachsen verfügen jedoch weder über eine zentrale Organisationsstruktur noch über eine zusammenhängende politische Ausrichtung. Daher muss jede Kundgebung vor allem im Hinblick auf etwaige Extremismusrelevante Bezüge und Einflussnahmen einzeln bewertet werden.

Die für den 12. Dezember 2020 in Dresden sowie die für den 19. Dezember 2020 in Leipzig angemeldeten Anti-Corona-Versammlungen hatten die zuständigen Ordnungsbehörden verboten. An der verbotenen Veranstaltung in Dresden hätten nach der zuvor festgestellten Mobilisierung Akteure aus der Szene der REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER, rechtsextremistische Kampfsportler und Hooligans sowie andere Rechtsextremisten teilgenommen. Die Veranstaltung wäre dadurch mutmaßlich stärker durch (gewaltbereite) Rechtsextremisten geprägt gewesen als vergangene Demonstrationen dieser Art. Trotz des Versammlungsverbot es erfolgten umfangreiche Anreiseversuche von Rechtsextremisten und Reichsbürgern. Frühzeitiges und konsequentes Handeln der eingesetzten Polizeikräfte verhinderte jedoch die Durchführung der verbotenen Versammlung.

Vergleichbare Anreiseversuche waren am 19. Dezember 2020 in Leipzig nicht mehr zu verzeichnen. Zwischenzeitlich verkündete einer der Initiatoren der Querdenken-Bewegung, in den nächsten Monaten keine weiteren zentralen Versammlungen mehr anmelden zu wollen. Inwieweit die Organisatoren der Veranstaltungen in Sachsen diesem Beispiel folgen, ist derzeit noch nicht vorhersagbar.

Unabhängig von der derzeitigen Coronalage erfolgten im Monat Dezember 2020 mehrere wichtige Exekutivmaßnahmen sowie Urteilsverkündungen gegen die rechtsextremistische Szene. Nach den Verboten von COMBAT 18 DEUTSCHLAND, der Reichsbürger-Gruppierung GEEINTE DEUTSCHE VÖLKER UND STÄMME und der Neonazi-Gruppierung NORDADLER erfolgte mit dem Verbot der STURM-/WOLFSBRIGADE 44 das nunmehr vierte Vereinsverbot des BMI unter maßgeblicher Beteiligung des BfV und des Verfassungsschutzverbands in diesem Jahr. Auch die Durchsuchungen mehrerer Objekte in der





Stadt Leipzig und im Landkreis Leipzig am 17. und 18. Dezember 2020 im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Leipzig wegen des Verdachts der Volksverhetzung sowie die erfolgten Verurteilungen rechtsextremistischer Gewalttäter im Dezember 2020 zeigen, dass der Staat die von der rechtsextremistischen Szene ausgehende fortlaufende Bedrohung sehr ernst nimmt und entschieden dagegen vorgeht.

Durch die im Jahr 2020 erfolgten Verbote und Ermittlungsverfahren wird der Trend zum Abbau fester Strukturen in der parteiungebundenen rechtsextremistischen Szene weiter anhalten. Die internetbasierte Kommunikation ersetzt immer mehr feste Organisationsstrukturen. Kern- und Daueraufgabe der Verfassungsschutzbehörden bleibt daher die frühzeitige Aufdeckung relevanter und gefährlicher rechtsextremistischer Vernetzungen, welcher mit hoher Priorität nachgegangen wird. Die Sicherheitsbehörden stehen zudem vor der schwierigen Aufgabe, diejenigen Rechtsextremisten ausfindig zu machen, die in der Realwelt nicht in rechtsextremistischen Zusammenhängen in Erscheinung treten, sondern sich allein im Internet und von außen nicht erkennbar radikalisieren.



## B. Linksextremismus

### I. Überblick über alle dem LfV bekannten linksextremistischen Aktivitäten im Berichtsmonat

Datum	Ort	Veranstalter / beteiligte BO	Teilnehmerzahl	Beschreibung
01.12.2020	Dresden	Linksextremisten, URA DRESDEN	60	Soli-Aktion für die in Leipzig festgenommene Linksextremistin Lina E.
03.12.2020	Leipzig	Linksextremisten	10	Kundgebung zum Thema Arbeitskampf vor einem Gastronomiebetrieb
05.12.2020	Leipzig	Linksextremisten	nicht bekannt	Beteiligung an Kundgebung <i>"Wir zahlen nicht für eure Krise"</i>
12.12.2020	Dresden	Linksextremisten	180, darunter Autonome	Beteiligung an Protesten gegen <i>"Querdenker"</i>
13.12.2020	Leipzig	Linksextremisten	300, darunter Autonome	Beteiligung an Kundgebung <i>"Rechte AkteurInnen in Polizei, Geheimdiensten und Justiz aufdecken"</i>
13.12.2020	Leipzig	Linksextremisten	nicht bekannt	Unfriedliche Spontandemonstration i. Z. m. Kundgebungen <i>"Rechte AkteurInnen in Polizei, Geheimdiensten und Justiz aufdecken"</i> und <i>"Alle zusammen gegen den Faschismus! - Kampf den FaschistInnen in Uniform"</i>
13.12.2020	Leipzig	Linksextremisten	400, darunter Autonome	Beteiligung an Kundgebung <i>"Ein Angriff auf Eine* ist ein Angriff auf uns Alle* - Solidarisch gegen Patriarchale Gewalt"</i>
13.12.2020	Leipzig	Linksextremisten	nicht bekannt	Beteiligung an Kundgebung <i>"Alle zusammen gegen den Faschismus! - Kampf den FaschistInnen in Uniform"</i>
19.12.2020	Leipzig	Linksextremisten	150, darunter Autonome	Beteiligung an Kundgebung <i>„Solidarisch durch die Krise“</i>
23.12.2020	Leipzig	Linksextremisten; Rote Hilfe	20	Kundgebung <i>"Getroffen hat es einige, gemeint sind wir alle!"</i>
30.12.2020	Dresden	Linksextremisten; MLPD	10	Kundgebung der MARXISTISCH-LENINISTISCHEN



				PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)
31.12.2020	Dresden	Linksextremisten	30, darunter Linksextremisten	Beteiligung an nicht extre- mistischer Kundgebung <i>"Solidarität zu Silvester mit Geflüchteten und Gefan- genen"</i>

## II. Relevante (herausragende) Einzelereignisse im Berichtsmonat

- **Solidaritätsaktionen in Dresden für festgenommene Linksextremistin**

Die linksextremistische UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA (URA) war Mitorganisator einer mutmaßlich am 1. Dezember in Dresden durchgeführten Soli-Aktion für eine festgenommene Leipziger Linksextremistin. Rund 60 Linksextremisten zeigten dabei Soli-Plakate und brannten Bengalofackeln ab. Die URA veröffentlichte ein Video zu der Aktion sowie einen Textbeitrag, in dem sie die Festnahme als ungerechtfertigte Repressionsmaßnahme beschreibt. Auch beim auch von Linksextremisten genutzten überregionalen Internetportal „de.indymedia.org“ erschien hierzu ein Beitrag.

Die Leipziger Linksextremistin Lina E. war am 5. November 2020 wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen linksextremistischen Vereinigung festgenommen worden. Die Gruppe soll schwerste Straf- und Gewalttaten begangen haben. Gegen Lina E. und weitere Beschuldigte ermittelt derzeit der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof. Die begangenen Gewalttaten wurden von der URA in typisch linksextremistischer Manier verharmlost. Demnach wurde Lina E. „(...) *festgenommen, da sie sich antifaschistisch engagiert hat. (...) Antifaschismus ist nicht kriminell, sondern bitter notwendig*“.

- **Selbstbeziehungsschreiben zu einem besonders schweren Fall des Landfriedensbruchs veröffentlicht**

In der Nacht vom 29. zum 30. November wurde ein 30-jähriger Chemnitzer unmittelbar vor seiner Haustür von mehreren unbekanntem vermummten Personen angegriffen und verletzt. Aus der Gruppe heraus wurde er geschlagen und getreten. Weiterhin wurde ihm mit einem Gegenstand auf den Kopf geschlagen und Pfefferspray ins Gesicht gesprüht. Er kam zur ambulanten Behandlung in ein Krankenhaus. Die Täter konnten unerkannt fliehen.

Am 2. Dezember 2020 wurde auf „de.indymedia“ unter der Überschrift „[KMS] Nazischwein Tim K. [Name ist genannt] besucht“ ein Tatbekenntnis zu diesem Überfall veröffentlicht. Darin schildern die unbekanntes Verfasser Vorgehensweise und Hintergründe zu dem Überfall. Abschließend wird betont, wie wichtig es sei, bei „massiver bundesweiter Repression gegen AntifaschistInnen sowie gleichzeitig zunehmender rechter Mobilisierung [...] weiter anzugreifen und dabei Zeitpunkt, Ziel und Mittel des Angriffs selbst zu bestimmen.“ Mit der Veröffentlichung wolle man zudem „andere ermutigen es uns gleich zu tun“.

Die Begehungsweise sowie die Veröffentlichung eines nachträglichen Bekennerschreibens auf einer einschlägigen Internetplattform sprechen für eine linksextremistisch motivierte Tat, der offenbar eine gezielte Recherche vorausging. Möglicherweise waren hieran auch auswärtige Täter beteiligt. Der Geschädigte ist unter anderem als Organisator von rechtsextremistischen Kampfsportveranstaltungen bekannt und arbeitet in der Securityszene. Er war in der Vergangenheit bereits mehrfach öffentlich von Linksextremisten geoutet worden:

- November 2016: Outing „Rechtes Plenum“ auf „linksunten.indymedia.org“,
- April 2020: Artikel über Anti-Corona-Demonstration in Chemnitz auf „chemnitz.noblogs.org“,
- November 2020: Teilnahme an Anti-Corona-Protesten am 7.11.2020 in Leipzig (@nazivatchemnitz).

Durch das Tatbekenntnis versuchten die Täter eine möglichst große öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. Zum einen soll so ihre Ideologie verbreitet werden. Zum anderen bedürfen vor allem gewaltorientierte Linksextremisten einer öffentlichen Plattform, um Straf- und Gewalttaten in der Gesellschaft vermitteln und ihren Forderungen Nachdruck verleihen zu können.

- **Kundgebung der FAU am 3. Dezember 2020 in Leipzig**

Am 3. Dezember führte das anarchosyndikalistische Allgemeine Syndikat Leipzig (FAU-Leipzig) eine Kundgebung vor einem Gastronomiebetrieb in Leipzig durch. Hintergrund waren die nach Ansicht der FAU berechtigten Lohnnachforderungen eines ihrer Mitglieder. Die rund zehn Teilnehmer zeigten u.a. Transparente vor dem Lokal.

In einer dazugehörigen Pressemeldung teilte die FAU-Leipzig mit: *„Zum wiederholten Male machen wir als Gewerkschaft die Erfahrung, dass Arbeitgeber versuchen, überflüssige Arbeitskräfte durch sogenannte kalte Kündigungen loszuwerden und so Kosten zu sparen. Für Betroffene ist dies angesichts der Pandemiesituation gerade jetzt besonders schmerzhaft.“* Eine Sprecherin der FAU-Leipzig stellte zudem weitere Kundgebungen in Aussicht, sollten ausstehende Zahlungen unterbleiben.

Mit der öffentlichkeitswirksamen Aktion stellt sich die FAU vordergründig als gewerkschaftsähnliche Organisation dar. Sie versucht dabei allerdings zu verschleiern, dass es ihr in letzter Konsequenz um die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung geht. Gemäß ihrer Satzung strebt das Syndikat *„eine libertäre, klassenlose Gesellschaft an, in der alle Menschen gemäß ihren Bedürfnissen leben und ihre Fähigkeiten frei entfalten können“*.

Seit 2017 spezialisierte sich die FAU-Leipzig zunehmend auf das Thema Arbeitskampf und führte regelmäßig „gewerkschaftliche Beratungen“ bzw. „offene Treffen“ und auch Kundgebungen in Leipzig durch. Zudem verfügt sie seit Oktober 2020 über eigene Räumlichkeiten als Anlaufstelle für Mitglieder und Interessierte. Die sich selbst als „Anarchistische Gewerkschaft“ bezeichnende FREIE ARBEITERINNEN UND ARBEITER UNION (FAU) ist die größte anarchosyndikalistische Organisation in Deutschland und hat bundesweit etwa 800 Mitglieder.

- **Aktivitäten von Linksextremisten im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie**

Am 5. Dezember beteiligten sich in Leipzig Linksextremisten an der Veranstaltung *„Wir zahlen nicht für eure Krise!“*. In ihrem Redebeitrag stellte die linksextremistische Gruppe PRISMA-INTERVENTIONISTISCHE LINKE LEIPZIG (PRISMA – IL LEIPZIG) klar, dass man grundsätzlich bereit sei *„bestimmte Maßnahmen mitzutragen, die uns und andere schützen“*. Man sei aber nicht bereit *„Maßnahmen zu akzeptieren, bei denen die Reichen noch reicher werden, während ein Großteil weiter ackern muss und ausgebeutet wird“*. Der Beitrag endet mit der Forderung: *„Unsere Kämpfe für ein solidarisches Miteinander und eine befreite Gesellschaft sollten weitergehen!“*

Am 19. Dezember beteiligten sich etwa 150 Personen, darunter Angehörige der linksextremistischen Gruppe PRISMA – IL LEIPZIG und der dem linksextremistischen „UMSGANZE!“-Bündnis zuzurechnen-

den Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA), an der störungsfrei verlaufenen Veranstaltung *„Solidarisch durch die Krise“*. Die Veranstaltung war ursprünglich als Protestveranstaltung gegen eine so genannte „Querdenker“-Demonstration geplant, die allerdings im Vorfeld von der Versammlungsbehörde untersagt worden war. Die linksextremistische Szene rechnet diese „Querdenker“-Veranstaltungen dem politischen Gegner zu und reagiert hierauf regelmäßig mit Gegenaktivitäten.

- **Aktionen von Linksextremisten am sogenannten „A.C.A.B.-Day“ in Leipzig**

Am 13. Dezember fanden in Leipzig mehrere Veranstaltungen zum Thema „Antirepression“ statt. Die Datumszahlen des Tages „13.12.“ stehen dabei für die polizeifeindliche Buchstabenkombination „A.C.A.B.“ (All Cops Are Bastards). Der Tag ist in der AUTONOMEN SZENE als sogenannter „A.C.A.B.-Day“ bekannt.

- Die Kundgebung *„Rechte AkteurInnen in Polizei, Geheimdiensten und Justiz aufdecken“* fand im Bereich Wolfgang-Heinze-Straße/Herderstraße statt. An ihr beteiligten sich insgesamt ca. 300 Personen, darunter AUTONOME. Es wurden Redebeiträge gehalten, „ACAB“-Rufe skandiert und Pyrotechnik gezündet. Einige Teilnehmer formierten sich spontan zu einem Demonstrationzug in Richtung Connewitzer Kreuz. Ein Frontransparent trug die Aufschrift *„Das Leben beginnt wo Herrschaft aufhört“*, es wurde *„Ganz Leipzig hasst die Polizei“* skandiert. Polizisten und Mitarbeiter der Versammlungsbehörde wurden mit Flaschen, Steinen und Pyrotechnik beworfen.
- Im Bereich Herderpark wurde die Kundgebung *„Kampf den FaschistInnen in Uniform“* mit etwa 200 Teilnehmern durchgeführt. In Redebeiträgen wurden Polizeigewalt, vermeintliche Repression und die Kriminalisierung der „linken Szene“ thematisiert. Auf [„de.indymedia.org“](https://de.indymedia.org) wurde im Vorfeld ein Aufruf zur Kundgebung veröffentlicht. Ziel war es demnach, *„dem Erstarken von rechten Netzwerken innerhalb der deutschen Polizei und auf der Straße etwas entgegen(zu)setzen“*. Man wolle auf die Straße gehen und einen Tag schaffen, an dem man Wut über die bestehenden Verhältnisse äußern könne.



- **Kundgebung der ROTEN HILFE LEIPZIG gegen DNA-Entnahme wegen B34-Besetzung**

Am 23. Dezember nahmen ca. 20 Personen friedlich an der von der linksextremistischen ROTEN HILFE LEIPZIG angemeldeten Kundgebung unter dem Motto: „*Getroffen hat es einige, gemeint sind wir alle!*“ vor der Polizeidirektion Leipzig in der Dimitroffstraße teil. Die Aktion wurde von der ROTEN HILFE LEIPZIG auf ihrer eigenen Internetseite sowie einschlägigen Internetportalen angekündigt. Sie richtete sich gegen die polizeilichen Vorladungen von Tatverdächtigen einer Hausbesetzung am 4. September in Leipzig. Demnach seien nach der Räumung der besetzten Ludwigstraße 71 in Leipzig „*kurzzeitig die B34 in Connewitz besetzt und 4 Genoss\*innen wegen ‚Hausfriedensbruch‘ verhaftet*“ worden. Da sich die Beschuldigten nicht zum Sachverhalt geäußert hätten, wären diese nunmehr zur erkennungsdienstlichen Behandlung sowie zur DNA-Abgabe aufgefordert worden. Die ROTE HILFE LEIPZIG hatte bereits unmittelbar nach der Räumung Unterstützung für Betroffene in Aussicht gestellt. Bei der Kundgebung handelt es sich um eine für die ROTE HILFE LEIPZIG übliche Solidaritätsaktion bei vermeintlich staatlicher Repression, indem sie Betroffene durch ihre Anwesenheit, Plakate etc. unterstützt. Im Jahr 2020 fanden bereits mehrere vergleichbare Aktionen in Leipzig statt. Die ROTE HILFE LEIPZIG ist weiterhin die aktivste und mitgliederstärkste sächsische Ortsgruppe.

- **Aktivitäten von Linksextremisten in der Silvesternacht 2020/2021**

In der Silvesternacht kam es in Leipzig zu zwei klandestinen Anschlägen mit mutmaßlich linksextremistischem Hintergrund:

- In den späten Abendstunden des 31. Dezember 2020 setzten unbekannte Täter in einem Autohaus im Stadtteil Schönefeld-Ost zehn Geländewagen der Bundeswehr in Brand. Die Fahrzeuge wurden dabei stark beschädigt. Die Schadenshöhe bewegt sich im siebenstelligen Bereich.
- Am frühen Morgen des 1. Januar 2021 schlugen unbekannte Täter die Schaufensterscheibe eines Büros der Immobilienfirma „Vonovia“ im Stadtteil Reudnitz-Thonberg ein und verteilten dunkle Farbe an der Innenwand.

Jeweils zu den Jahreswechseln 2015/2016 bis 2018/2019 verübten gewaltbereite Leipziger Linksextremisten Anschläge auf staatliche Einrichtungen.

Mit dem Anschlag auf die Bundeswehr-Fahrzeuge in der Silvesternacht 2020/2021 in Verbindung mit dem diesbezüglichen Selbstbeichtigungsschreiben setzt sich damit eine Serie von Anschlägen



fort, die Linksextremisten gegen ihren mutmaßlichen Gegner – den von ihnen als repressiv bezeichneten Staat – richten.

Die Verfasser des Selbstbeziehungsschreibens zum Anschlag auf die Geländewagen der Bundeswehr beziehen sich auch auf die oben dargestellten Straftaten der Vorjahre und erklären den Staat sowie dessen „*repressive Organisationen*“ wie „*Bullen, Bundeswehr, Justiz oder Jobcenter*“ zu ihrem Feindbild. Zur Begründung des aktuellen Anschlages heißt es: „*Die Bundeswehr verdient unsere Aufmerksamkeit als Element im repressiven Instrumentenkasten des Staates ebenso wie die anderen Institutionen, die es in den letzten Jahren zu Silvester getroffen hat.*“

Für Linksextremisten sind selbstverwaltete Räume von existenzieller Bedeutung, um ihre Vorstellungen von einem „besseren“ oder „befreiten“ Leben umzusetzen und propagandistisch zu nutzen. Der Begriff der „Freiräume“ wird dabei weit gefasst. Es sind Räume, die als eine wesentliche Bedingung erfüllen, im Idealfall keiner staatlichen Kontrolle zu unterliegen.

Der Angriff auf die Immobilienfirma „Vonovia“, die Linksextremisten mit kommerziellen Zielen verbinden, steht im Zusammenhang mit dem Kampf um diese sogenannten „Freiräume“. Nach Auffassung von Linksextremisten stehen die Firmenziele diesem Kampf konträr gegenüber. Nach szeneeigenem Bekunden beabsichtigt man, mit wiederholten Übergriffen Immobilienfirmen wie „Vonovia“ aus der Stadt zu vertreiben. „*Wann haut ihr endlich ab?*“, lautete die Frage im Selbstbeziehungsschreiben.

Im Vorfeld der Silvesternacht war außerdem auf dem auch von Linksextremisten genutzten Internetportal „de.indymedia.org“ sowie auf Plakaten unter der Überschrift „*Aufstand statt Ausgangssperre*“ zu Aktionen am Connewitzer Kreuz aufgerufen worden.

Mit den im vergangenen Jahr gültigen Ausgangsbeschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie sowie entsprechenden polizeilichen Maßnahmen wurde eine umfassende Mobilisierung der Szene zu einem Silvester-Treffen am Connewitzer Kreuz unterbunden. Gewalttätige Ausschreitungen wie in der Silvesternacht 2019/2020 konnten damit verhindert werden.

### **III. Fazit, Ausblick, Konsequenzen**

Das öffentliche Aktionsniveau von bzw. mit Beteiligung von sächsischen Linksextremisten stieg im Dezember mit 13 öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegenüber dem Vormonat leicht an (November: 11). Regionale Schwerpunkte öffentlicher Aktivitäten waren Leipzig und Dresden. Inhaltlich standen die Themenfelder Antirepression sowie Antifaschismus/Antirassismus im Mittelpunkt. Bereits 2019



zeigte sich die Bedeutung des „A.C.A.B.-Day“ für die AUTONOME SZENE, als rund 550 Personen unfriedlich gegen die Polizei als Repräsentant des Staates demonstrierten.

Die in diesem Jahr gültigen Ausgangsbeschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie sowie die polizeilichen Maßnahmen wirkten sich hemmend auf die Mobilisierung der Szene in der Silvesternacht aus. Gewalttätige Ausschreitungen wie im Vorjahr fanden nicht in gleichem Ausmaß statt. Gleichwohl belegen die Straftaten und die Bekennerschreiben die Fortsetzung einer Serie von Anschlägen gewaltbereiter Linksextremisten in Leipzig zum Jahreswechsel. Die Aktionen richteten sich stets gegen staatliche Einrichtungen, die Linksextremisten als „repressiv“ bezeichnen. So wurden am 1. Januar 2016 acht Fahrzeuge des Zolls zerstört, am 1. Januar 2017 war das Arbeitsamt Ziel einer klandestinen Aktion, am 1. Januar 2018 wurde ein Anschlag auf eine Abteilung des Jugendgerichts verübt, und am 1. Januar 2019 kam es kurz nach Mitternacht u.a. zu einem Angriff auf das Gebäude des 5. Strafsenats des Bundesgerichtshofes.



Das Aktionsfeld „Antirepression“ war allerdings nicht nur im Dezember, sondern im gesamten Jahr 2020 eines der dominierenden Themen in der linksextremistischen Szene. Das gilt insbesondere für den linksextremistischen Schwerpunkt Leipzig, wo zudem ein hohes Aggressionsniveau festzustellen ist. Zahlreiche polizeiliche Ermittlungsverfahren, Durchsuchungsmaßnahmen und Festnahmen wurden in der linksextremistischen Szene als eine sich „zuspitzende Repression“ wahrgenommen, die Militanz und „antifaschistischen Selbstschutz“ erfordere und rechtfertige. Vor diesem Hintergrund kam es zu zahlreichen Demonstrationen, die häufig in gewaltsamen Ausschreitungen und gezielten Angriffen auf Polizisten und Polizeieinrichtungen mündeten. Dabei war insbesondere die zunehmende Enthemmtheit derartiger Angriffe besorgniserregend, bei denen Polizisten regelmäßig und gezielt mit Flaschen, Steinen und Pyrotechnik attackiert wurden.

## **C. Islamismus / Islamistischer Terrorismus**

Kein Beitrag.

## **D. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug**

### **I. Relevante (herausragende) Einzelereignisse im Berichtsmonat**

Der KONGRESS DER KURDISCH-DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT KURDISTANS IN EUROPA (KCDK-E), der als PKK-Europaführung maßgeblich die Verantwortung für die Umsetzung der politischen Ziele der PKK trägt, veröffentlichte am 31. Dezember 2020 einen Ausblick für das Jahr 2021. Ausgehend von der Feststellung, dass der kurdische Widerstand im Jahr 2020 „einen neuen Gipfel“ erreicht hat, wird für das Jahr 2021 angekündigt, dass es ein Jahr wird, „in dem wir den Kampf für die Freiheit von Abdullah Öcalan und von Kurdistan ausweiten werden. Als KCDK-E erklären wir das Jahr 2021 zu dem Jahr, in dem der Freiheitskampf in Kurdistan und überall auf der Welt weiter wächst, der Faschismus besiegt wird und Abdullah Öcalan und unser Volk befreit werden.“

### **II. Fazit, Ausblick, Konsequenzen**

Im Rahmen der Kampagne „Schluss mit Faschismus, Isolation und Besatzung“ wurden im Jahr 2020 eine Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Aktionen mit Bezug zur PKK in Sachsen durchgeführt. Ausweislich der Ankündigung des KCDK-E werden diese auch im Jahr 2021 Bestandteil der ausländerextremistischen Aktivitäten im Freistaat Sachsen sein.



**Herausgeber:**

Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen  
Neuländer Straße 60  
01129 Dresden  
Tel.: (0351) 8 58 50  
E-Mail: [verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de](mailto:verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de)  
Internet: [www.verfassungsschutz.sachsen.de](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de)

**Redaktion:**

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

**Redaktionsschluss:**

11. Januar 2021

